

# Reisebericht Bangladesch

07.04.2010 – 12.04.2010

**Niema Movassat**

**Mitglied im Ausschuss für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Fraktion DIE LINKE**



## Vorwort

---

Vom 07.-12.04.2010 besuchte ich im Rahmen einer Evaluationsreise des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam mit dem Kollegen Jürgen Klimke (CDU/CSU-Fraktion) Bangladesch.

Dieser Bericht soll eine möglichst ausführliche Übersicht über die Reise geben und enthält an einigen Stellen auch persönliche Bewertungen. Der Bericht ist gedacht für alle interessierten Kolleginnen und Kollegen, Pressevertreterinnen und -vertreter und Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte mich an dieser Stelle insbesondere bei der Deutschen Botschaft in Bangladesch bedanken. Sie hat sich im starken Maße bemüht, unsere Reisewünsche zu erfüllen.

Mein Dank gilt auch an unsere Vorab-GesprächspartnerInnen in Deutschland, namentlich an die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC), die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, NETZ, den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Auswärtige Amt und die Botschaft Bangladeschs in Deutschland. Sie alle haben uns mit wichtigen Informationen für die Reise versorgt und uns so eine möglichst breite Vorbereitung gegeben, so dass wir auf einem relativ hohen Informationslevel die Reise antreten konnten.

Bangladesch ist eines der ärmsten Länder der Welt. Dies ist auf dieser Reise deutlich geworden. Es ist ein Land voller Chancen und gleichzeitig vieler Probleme wie dem Klimawandel, der Ausbeutung der ArbeiterInnen durch deutsche und europäische Unternehmen, der Armut, des Landmangels, der Ausgrenzung indigener Völker, des Energiemangels etc. Gleichzeitig zeigt Bangladesch, dass ein mehrheitlich muslimisch bevölkertes Land sehr wohl Demokratie leben und tolerant sein kann. Eine Tatsache, die im Westen gerne vergessen wird.

Aus meiner Sicht ist völlig klar, dass Deutschland sich viel stärker im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Bangladesch engagieren muss - und zwar mit einer Partnerschaft auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Bangladesch hat dies verdient.



## Resümee und Ausblick

---

1. Eine bedeutende entwicklungspolitische und menschenrechtliche Frage ist der Umgang europäischer Konzerne mit bangladeschischen TextilarbeiterInnen. Hier werden Hungerlöhne gezahlt, überlange Arbeitszeiten eingefordert und Textilarbeiterinnen teilweise sexuell belästigt durch Vorgesetzte. Europäische Unternehmen reden zwar gerne von sozialer Verantwortung, tun aber oft nichts dafür. Hier hat die Reise interessante Kontakte zur Gewerkschaftsbewegung in Bangladesch geschaffen. Aus deutscher Sicht muss es darum gehen deutlich zu machen, dass faire Löhne und die Verwirklichung von Arbeitsrechten in Bangladesch möglich sind, ohne dass die Produkte hierzulande evident teurer werden würden - denn der Lohn der bangladeschischen TextilarbeiterInnen macht gerade mal 1 % des Verkaufspreises an der Ladentheke aus. Deutlich wird an dieser Zahl: Hier werden Profite auf Kosten der armen Bevölkerung akquiriert. Es handelt sich um ein Beispiel dafür, wie (westliche) Konzerne in den Ländern des globalen Südens Menschenrechte missachten.
2. Die Energiefrage hat während der Reise immer wieder eine Rolle gespielt, denn Bangladesch leidet unter Energiemangel. Aber auch hier muss gelten: Die Interessen und Bedürfnisse von Menschen stehen über Konzerninteressen. Doch um die Existenz von zehntausenden Menschen geht es, wenn es beispielsweise in Phulbari durch den Kohletagebau zu massiven Umsiedlungen kommen würde. Geldentschädigungen, sollte es sie geben, werden massive Armut der Vertriebenen nicht verhindern. Deutschland täte gut daran, keine Unterstützung für dieses Vorhaben zu leisten, welches von der örtlichen Bevölkerung so deutlich abgelehnt wird. Stattdessen sollten Wege in der regenerativen Energie aufgezeigt werden.
3. Gerade hierzulande bis in die bürgerliche Mitte hinein oft so getan, als ob Islam und Demokratie sich ausschließen. Bangladesch hat gezeigt, dass dem nicht so ist. Dass dennoch von westlicher Seite in Bangladesch der „Kampf gegen den Terrorismus“ hochgehalten wird, ist nicht nachvollziehbar. Stattdessen wäre eine effektive Armutsbekämpfung wichtig, die den Menschen Perspektiven gibt. Es gibt gute Ansätze und Projekte im Land, die ausgebaut werden müssten, um noch mehr Menschen zu erreichen.
4. Wenige Länder sind so massiv vom Klimawandel betroffen wie Bangladesch. Deshalb ist für die Regierung dort die Bekämpfung des Klimawandels weit oben auf der politischen Agenda. Mehr Verantwortung der westlichen Staaten wäre hier zu wünschen, statt der Abgabe von Absichtserklärungen wie auf der letzten Klimakonferenz in Kopenhagen geschehen. Letztlich gilt, wie die Außenministerin richtig feststellte: Wer Milliarden für die Banken hat, hat auch Geld, den Klimawandel effektiv zu bekämpfen.

# Grundinformationen Bangladesch

Die Volksrepublik Bangladesch hat 162 Millionen EinwohnerInnen auf einer Fläche von 147.570 qkm. Dies entspricht 1097 Menschen pro qkm (BRD 229 Menschen/qkm). Damit ist Bangladesch der am dichtesten besiedelte Flächenstaat der Welt; hätte Deutschland die gleiche Bevölkerungsdichte, würden 400 Millionen Menschen hier leben. In der Hauptstadt Dhaka leben ca. 13 Millionen Menschen. Landessprache ist Bangla. Staatsreligion ist der Islam. 90 % der Menschen sind Muslime; Hindus 9 %, Buddhisten 0,6 %, Christen 0,3 %. Bangladesch erlangte seine Unabhängigkeit von Pakistan am 26.03.1971. Es handelt sich um eine parlamentarische Demokratie mit reinem Mehrheitswahlrecht. Am 29.12.2008 fanden freie Wahlen für eine fünfjährige Legislatur des Parlamentes statt. Als Wahlsieger ging die Awami League (AL) der Tochter des Staatsgründers Sheik Mujibur Rahman, Sheikh Hasina, hervor. Sie errang 270 der 345 Sitze. Die Opposition bilden im Wesentlichen die Bangladesh National Party (BNP; 30 Sitze) des ermordeten Präsidenten Ziaur Rahman, nun geleitet von der Witwe und Oppositionsführerin Khaleda Zia. Dem Parlament gehören 15 % Frauen an, was u.a. durch 45 nur für Frauen reservierte Plätze erreicht wird. Das Pro-Kopf Einkommen beträgt 621 US-Dollar/Jahr (BRD 36.600 US-Dollar/Jahr). 50% der Menschen in Bangladesch haben ein Einkommen von unter 1 US-Dollar pro Tag und 27 % sind unterernährt.

## 1.Tag: 07.04.2010

Programmpunkt	Inhaltliche Themen
Briefing durch den deutschen Botschafter, WZ Referenten, GTZ, KfW, Goethe Institut in der Residenz des Botschafters.	Situation des Landes allgemein; Islam; Frauen
Gespräche mit drei verschiedenen Gruppen ZivilgesellschaftlerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen im Goethe Institut.	Gesundheit; Menschenrechte, Landfrage; Rechte von Schwulen und Lesben

### Briefing durch Deutschen Botschafter, WZ Referent, GTZ, KfW, Goethe Institut

#### a.) Außenpolitik

Es wurde mitgeteilt, dass Bangladesch außenpolitisch sehr engagiert sei, besonders klimapolitisch. Dies resultiere aus der besonderen Situation des Landes, das aufgrund seiner niedrigen Lage über dem Meeresspiegel besonders stark vom Klimawandel betroffen sei. Bei Ansteigen des Meeresspiegels infolge des Klimawandels drohen Landverluste und damit Landkonflikte. Wichtig für Bangladesch seien gute Beziehungen zu den Nachbarn Indien und China. Mit China gebe es bereits gute Beziehungen. Dies zeige sich bei Projekten wie des ge-

planten Tiefseehafens in Chittagong: China sei hier Wunschpartner. Mit Indien würden die Gespräche gerade intensiviert. Sheikh Hassina habe im Januar 2010 nach einer langen Eiszeit Indien besucht. Auch wurde eine grenzüberschreitende Zugverbindung eingerichtet. Mit Indien und Myanmar gebe es Probleme wegen Seegrenzen, da im streitigen Gebiet Erdöl und Erdgas vermutet würde. Der Internationale Seegerichtshof sei mit der Sache befasst. Bangladesch stelle das weltweit größte Kontingent bei UN-Einsätzen mit 10.852 Soldaten.

### **b.) Innenpolitik**

Sheikh Hassina regiere innenpolitisch als Premierministerin unangefochten, dennoch sei die Regierung aufgrund einer schwachen und hoch korruptionsanfälligen Verwaltung nicht sehr durchsetzungsfähig. Die AL hat im Parlament eine 2/3 Mehrheit. Dennoch hatte sie bei der Wahl nur rund 40%, die BNP 30 %. Das Mehrheitswahlrecht sorgte für die vielen Parlamentssitze. Deshalb setze die AL trotz ihrer überwältigenden Mehrheit auf Koalitionen und möchte nach eigener Aussage die BNP einbinden.

### **c.) Frauen**

Die Frauen im Land haben unter Sheikh Hassina eine Stärkung erlebt - so würden mehrere der Regierung angehören und auch einige oberste Richterinnen seien von ihr ernannt wurden. 80 % der Mikrokredite gingen an Frauen. Frauen haben nachwievor einen schlechteren Zugang zu Bildung als Männer. Mangelnde Bildung bedeute auch keine Kenntnis über eigene Rechte - auch dies führe zur Benachteiligung.

### **d.) Deutsche Entwicklungszusammenarbeit**

Deutschland hat bei den Regierungsverhandlungen im April 2008 für Bangladesch 55 Millionen Euro für die Jahre 2008 und 2009 zugesagt. Die Vertreter von **GTZ** und **KfW** stellten die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor, deren oberstes Ziel die Armutsbekämpfung sei. Deutschland sei aktiv im Bereich Good Governance, Menschenrechte (auch Textilsektor) und Kommunalentwicklung, insbesondere im Bereich Frauenförderung. Außerdem sei man im Gesundheits- und Energiesektor aktiv. Die GTZ habe in Bangladesch so gut wie keine Drittgeschäfte. Mittlerweile sehr engagiert im Entwicklungsbereich seien die USA. Sie hätten ihre Mittel nahezu verdreifacht und seien besonders aktiv im Aufbau demokratischer Struktur. Dies geschehe nach eigener Aussage der USA, um dem Terrorismus keine Tür zu öffnen.

### **e.) Zivilgesellschaft**

Die Zivilgesellschaft in Bangladesch sei schwach. Außerdem seien nicht alle NGOs sozial engagiert, sondern glichen oft eher Lobbygruppen, die gegen Geld Themen setzen und keine echten eigenen Themen haben. Die **GTZ** arbeite mit solchen NGOs nicht zusammen. Eine NGO müsse vielmehr eigene Themen haben und politisch arbeiten und nicht lobbyorientiert sein. Außerdem seien viele zivilgesellschaftliche Akteure hierarchisch wie die Graeman Bank.

## f.) Islam

Sowohl die AL und als auch die BNP würden laut Briefing stark Rücksicht auf die muslimische WählerInnenklientel nehmen. So sei bspw. Israel durch Bangladesch nicht anerkannt. Der Islam habe durchaus Einfluss, so gibt es wegen der Schwäche des staatlichen Schulsystems privatfinanzierte Koranschulen, die Madrassen. Hier gebe es aber große Unterschiede zwischen Madrassen, die den staatlichen Lerninhalten nahe stünden und solche, die nur den Koran auswendig lernen lassen würden. Eine Reform der Madrassen sei angestrebt, um sie näher an das staatliche Schulsystem heranzurücken. Islamistische Parteien seien insgesamt schwach, was die zwei Sitze für die Jamaat-e-Islami zeigten. Der Islam in Bangladesch sei stark von der Türkei beeinflusst. Etwaige terroristische Bewegungen gebe es nicht im Land.

## Gespräche mit drei verschiedenen Gruppen ZivilgesellschaftlerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen

### a.) Gesundheit

*Gesprächspartner: Hela Uddin (Gesundheitsministerium), Prof. Anwar Islam (Direktor BRAC), Enamul Hasib (BRAC), Dr. Peter Palesch (Direktor GTZ BNG), Atia Hossain (GTZ), Christoph Isenmann (Direktor KfW BNG), Habibiur Rahman (KfW), Habiba Tasneem (Institute of Hazrat Mohammad - SAW), Mahjabeen Khaled Hossain (Institute of Hazrat Mohammad - SAW)*

Bangladesch werde auch im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich durch Deutschland unterstützt. Ziel sei, dass das Gesundheitssystem arme Menschen erreiche. **Prof. Islam** führte aus, dass das Gesundheitssystem nur 20-30 % der Menschen auf dem Land erreiche; dies resultiere zum einen aus einem Personalproblem. Es fehlen 60.000 Ärzte und 300.000 Krankenschwester. Bangladesch gehöre zu den Ländern, wo es weniger Krankenschwester als Ärzte gibt. Außerdem gebe es zu wenig medizinische Ausrüstung und Medikamente. Auch funktionieren bspw. 35 % der Krankenwagen technisch nicht. Wenn sich nicht alsbald etwas verändere, um das staatliche Gesundheitssystem attraktiver zu machen, würden noch mehr Ärzte, Krankenschwester und Patienten in den privaten Sektor abwandern. Dies werde die Gesundheitsversorgung für die ärmere Bevölkerung weiter verschlechtern. Es fehle bisher an Konzepten seitens der Politik.

65 % Der Gesundheitsausgaben fänden im Privatsektor statt, führte **Herr Isenmann** aus. Daher müsse der Staat vielmehr investieren um das öffentliche Gesundheitssystem attraktiv zu machen. So müssten Geräte, Krankenwagen und Medikamente beschafft werden. Die Vertreter von **SAW**, einem Institut zu Forschung im Gesundheitsbereich, führten aus, dass die Nachbarländer zeigen, dass ein besseres Gesundheitssystem möglich sei. Das bangladeschische Gesundheitsnetz erreicht viele nicht, weil weite Teile der Bevölkerung als Wanderarbeiter durchs Land ziehen und nachhaltige Gesundheitsbehandlung so erschwert werde. Eine Lösung wäre ein Gutscheinsystem, bei dem man bestimmte Gesundheitsleistungen in An-



spruch nehmen könne, egal wo. Mehr Geld allein reiche nicht, es muss auch Sorge getragen werden, dass Gesundheitsleistungen real zur Verfügung stehen.

**Prof. Islam** ging darauf ein, dass 85 % der Kinder in Heimgeburten ausgetragen werden, viele davon ohne medizinische Begleitung. Die Lösung hier wäre eine medizinische Begleitung sicherzustellen, dies würde gerade den Armen zugute-

kommen, denn hier kommt es oft zu Totgeburten. Insgesamt gehe die Kindersterblichkeit zurück. Zum Gutscheinsystem führte er aus, dass hier eine Missbrauchsgefahr bestehe, wenn sich Arzt und Patient absprechen.

**Hela Uddin** ging auf die Arbeit des Gesundheitsministeriums ein. Man arbeite mit sieben Partnerländern an der Verbesserung des Gesundheitssystems, um eine Grundsicherung für die ländliche Bevölkerung sicherzustellen. Zur Grundsicherung sollen die Schwangerschaftsbegleitung und die Behandlung der häufigsten Krankheiten gehören. Der Privatsektor soll einbezogen werden. Eine Krankenversicherung sei bisher kein Ziel, auch wenn **Frau Uddin** der Idee interessant fand. Die Millenniumsziele 4, 6, und 8 seien erfolgreich.

**Einschätzung:** *Sicherlich stellt die Größe Bevölkerung und die Armut im Land eine große Herausforderung für den Aufbau eines besseren Gesundheitssystems dar. Entscheidend ist letztlich, dass das Gesundheitswesen viel stärker arme Menschen und die Landbevölkerung erreichen muss; insofern ist die Ausrichtung hier richtig. Die Missbrauchsgefahr, die durch ein Gutscheinsystem ausgehen soll, erscheint nicht nachvollziehbar; die Chancen dadurch sind aber groß. Deutlich wurde, dass es keine kohärenten Konzepte im Gesundheitswesen gibt.*

## b.) Menschenrechte, Landfrage

*Gesprächspartner: Kushi Kabir (Kordinatorin Nijera Kori), Rosalin Costa (Anwältin Hotline Human Rights Bangladesh)*

**Nijera Kori** heißt übersetzt „We do it ourselves“ und unterstützt vor allem unterdrückte Menschen und bietet Workshops für Landlose, Rechtshilfe und Trainings an. **Kabir** führte aus, dass die Landfrage sehr schwierig sei. Es gebe sich widersprechende Gesetze und kein richtiges Registrierungssystem. So sei oft nicht klar, ob Land privat oder staatlich ist und verschiedene Behörden seien für Landfragen zuständig. Auch würden Behörden oft bei Genehmigungen nicht auf die Folgen achten - so werde bspw. genehmigt Bäume zu fällen in einem Gebiet, indem indigene Völker leben, für die die Bäume und das Gebiet Lebensgrundlage seien. **Kabir** sprach sich dafür aus, dass staatliche Land, welches 10 Millionen Hektar um-

fasst, an die 8 Millionen Landlosen zu verteilen. Zur Frauensituation: Diese haben von der Verfassung her die gleichen Rechte. Die Religion ist im Alltag dennoch wichtig und bspw. gelte bei Muslimen im Zivilrecht die Sharia. Dies führe im Erbfall zu einem geringeren Erbteil von Frauen. Bei Hindus sei es noch gravierender - hier sei zum einen das Kastensystem ein Problem als auch dass Frauen nichts erben würden.

**Hotline Human Rights Bangladesh** ist eine non-Profit NGO, die seit 1981 besteht und deren Arbeit durch die katholische Kirche getragen wird. Sie ist besonders aktiv im Bereich Justiz, indigene Völker, Kinderrechte und bietet Ausbildungsprogramme an. **Costa** ging auch auf die Landproblematik ein und dass hier Religion, Gewohnheitsrecht und Gesetze eine Rolle spielen. Dann ging es um die Problematik Chittagong Hill Tracts (CHT) und dass hier die indigene Bevölkerung ausgegrenzt werde, was sich auch bspw. daran zeige, dass ein Indigener mehr Verwaltungsgebühren zahlen müsse als ein Bengale, wenn er sein Land registrieren möchte. Auch die Deklaration eines Gebietes zu einem „Ökopark“ kann zur Verschlechterung der Situation der dort lebenden Indigenen beitragen. Dies betrifft beispielsweise das indigene Volk der Garo und das Waldgebiet von Modhupur. Für die Garos ist dieser Wald Lebensgrundlage, ohne die sie nicht in der Lage seien, sich selbst zu ernähren. 2003 nahm die damalige Regierung das "Modhupur Nationalpark Entwicklungsprojekt" in Angriff. Das Projekt beruht auf einer durch die Weltbank finanzierten Studie. Hierbei soll das von den Garo bewohnte Gebiet mit einer Mauer umgeben werden, so dass Eintritt verlangt werden kann von Touristen. Die Garos werden faktisch zu „Zoobewohnern“; auch Plantagen von ihnen werden zerstört.

**Costa** ging noch auf die Shrimpsproduktion ein, hier ist Deutschland ein großer Käufer. Hierbei fände Kinderarbeit statt und die Missachtung von Frauenrechten. Sogar Morde habe es in diesem Zusammenhang gegeben. Ferner führe die Schiffsabwrackindustrie, die derzeit zunehme, dazu, dass Gift ins Wasser gelange, denn es fehle an den richtigen technischen Mitteln. Der Textilsektor wurde als „Knechtschaft für Frauen“ bezeichnet.

**Einschätzung:** Gerade der Schutz der indigenen Bevölkerung muss ausgebaut werden; in den CHT gibt es durch den Friedensvertrag dafür zumindest eine Grundlage, wenn auch hier noch viel zu tun ist. Andere Minderheiten werden kaum berücksichtigt und sind massiven Ausgrenzungen ausgesetzt. Die internationale Gemeinschaft, auch die Weltbank, ist aufgefordert, die Menschenrechtslage nicht durch Ökoparks weiter zu verschlechtern. Zu wünschen wäre außerdem, dass europäische Abnehmer in allen Bereichen mehr auf ihre sozialen Pflichten achten; dies geschieht viel zu wenig. Die Problematik der Shrimpsproduktion ist relativ neu und bisher in der medialen Wahrnehmung in Deutschland kaum berücksichtigt.

### c.) Rechte von Schwulen und Lesben

Gesprächspartner: Munir Ahmed (UNAIDS BNG), Pinki Sikder (Badhan Hijra Shangha - BHS), Shale Ahmed (Bandhu Social Welfare Society), Anisul Islam Hero (Direktor Srishti Cultural Center), Hasna Hena (Shoprava), Shakhawat Hossain Rajeeb (Boys of Bangladesh), Ali Ishtiaque Tinku (Trikon South Asia)

Es gäbe viele Schwule und Lesben im Land, die aber ihre sexuelle Orientierung verstecken müssten, denn diese stehe unter Strafe (wird als „unnatürliche sexuelle Handlung“ i.S.d. Strafgesetzbuches behandelt) und eine Offenlegung bedeute gesellschaftliche Ausgrenzung. Die Frage Homosexualität ist nicht Gegenstand öffentlicher Debatte, außerdem wird von den Familien erwartet, dass man irgendwann heirate. Die Regierung habe sich 2004 mit dem Thema beschäftigt, aber daraus keine Konsequenzen für die gesellschaftliche Stellung von Homosexuellen gezogen. Aus Sicht der Gesprächspartner sei es wichtig, dass es Schwulen- und Lesbenorganisationen gibt. Die Organisationen dürften aber nicht offiziell als Vertretungsorgan auftreten. Indien gelte als Positivbeispiel, hier sei der gleichlautende Strafgesetzbuchtatbestand abgeschafft worden. Kritisiert wurde die unglaubliche Sexualmoral im Land. So gebe es 14 offizielle Bordelle im Land, obwohl sie offiziell nicht erlaubt seien. Und Prostitution ist weder legal noch illegal nach dem Obersten Gerichtshof. In der Regierung gebe es verschiedene Auffassungen zum Umgang mit Schwulen und Lesben. Die Medienberichterstattung im Land zeige, dass sich die Situation langsam zum Positiven verändere.

## 2. Tag: 08.04.2010

### Programmpunkt: Gespräche

### Inhaltliche Themen

Außenministerin Dr. Dipu Moni im Parlament	Terrorismus, Wirtschaft, Aufarbeitung Bürgerkrieg, Energie, Klima, Wirtschaft
Auswärtigen Ausschuss im Parlament	Parlamentsarbeit, Frauenrechte, Energie
Speaker Abdul Hamid im Parlament	Parlamentsarbeit, Energie
Handelsminister Talukter im Ministerium	Textilsektor, Wirtschaft
Minister für Angelegenheit Chittagong Hill Tracts Dipanker Talukter Ministerium	Chittagong Hill Tracts Problematik

### Gespräch Außenministerin Dr. Dipu Moni

Sie lobte, dass die DDR damals als erstes Land Bangladesch anerkannt hat und stellte die besondere Bedeutung Deutschlands als Partner auch in der Entwicklungszusammenarbeit heraus, bedauerte aber auch, dass es seit vielen Jahren keine hochrangigen Regierungskontakte gegeben hat. Sie lobte die „Everything but Arms (EBA)“ Initiative der EU. Diese Initiative gewährt einigen Entwicklungsländern, darunter Bangladesch, Zollfreiheit bei Importen in die EU. Der deutliche Sieg der AL bei den Wahlen bedeute viel Verantwortung für die riesigen Herausforderungen (Festigung der säkularen Demokratie durch Stärkung der schwachen Institutionen, Bewältigung des Klimawandels, Armutsminderung). Mit der BNP wolle man zusammenarbeiten. SARC (South Asia Regional Cooperation) soll in Zukunft effektiver werden. Der Kampf gegen Terrorismus wurde von ihr als wichtig bezeichnet wegen der Nähe zu

Pakistan und Afghanistan. Man werde nicht zulassen, dass sich Terroristen in Bangladesch niederlassen und von hier aus Anschläge verüben. Die gravierende Armut schaffe Nährboden für Terroristen, deshalb sei Armutsbekämpfung der entscheidende Baustein der Terrorismusbekämpfung (insb. durch Stärkung des staatlichen Schulsystems gegenüber den Madrasen; Gespräche mit Mullahs; Perspektiven für junge Menschen). Religion sei was persönliches, nicht Politisches.

Es sei nun wichtig, die Kriegsverbrecher früherer Jahre zu verfolgen, um Gerechtigkeit zu schaffen, auf die die Nation seit 39 Jahren warte. Dabei gehe um die Verfolgung von Kriminellen, die sich schwerer Menschenrechtsverletzungen während des Unabhängigkeitskrieges 1970/1971 schuldig gemacht hätten. Denn während dieses Bürgerkrieges seien in neun Monaten drei Millionen Menschen gestorben, 400.000 gefoltert worden.

Hinsichtlich des Energiemangels im Land sei der Kohleabbau wichtig - man wünsche sich Deutschland als Partner wegen des technischen know hows. So könne die Luftverschmutzung verringert werden. Die sozialen Folgen wie Aussiedlung zu lösen werde nicht leicht, aber das Land bräuchte dringend Energie und habe nur die Kohle. Man werde die Menschen entschädigen. Zu Frage Klimawandel sagte die Ministerin, dass die Regierung sich mehr von der Kopenhagener Klimakonferenz erhofft habe.



**Einschätzung:** Die Äußerung der Ministerin, dass die Industrialisierung verantwortlich für die massiven Klimaschäden sei und dass die Industriestaaten endlich zu ihrer Verantwortung stehen sollen, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass sie Milliarden für die Banken aber kaum Geld für Klima ausgeben, kann man nur unterschreiben. Dass es keine terroristischen Bewegungen in Bangladesch gibt, macht deutlich, dass ein säkularer, demokratischer Islam möglich ist; gerade in der deutschen Debatte über Islamismus ein wichtiger Aspekt. Dass dennoch auch im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit der „Kampf gegen den Terrorismus“ in Bangladesch hochgehalten wird, ist daher wenig nachvollziehbar. Das Land braucht eine vernünftige Armutsbekämpfung, nicht den Kampf gegen Gespenster. Zur Energiefrage beim Punkt „Phulbari“ mehr; hier nur kurz: Der Kohleabbau wird massivste soziale Folgen haben; im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wäre es wünschenswert, verstärkt Energiealternativen zu unterstützen, um die bangladeschische Regierung zu einem Kurswechsel zu bringen. Dass Deutschland sein „technisches Knowhow“ zur Verfügung stellen will, um den Kohleabbau angeblich sozial und umweltverträglich zu gestalten, ist die Kapitulation davor, regenerative Energien als Alternative zu präsentieren.

### Gespräch mit dem Auswärtigen Ausschuss

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abul Mahmood Ali, war von 1992-1995 Botschafter in Deutschland. Zur parlamentarischen Arbeit wurde gesagt, dass die Zusammenarbeit zwischen Ausschuss und Regierung gut funktioniere - man erhalte alle relevanten Informationen und werde angehört. Zu den Frauenrechten wurde gesagt, dass hier noch einiges zu tun sei, aber es sich verbessert habe. Das Problem des ungleichen Erbrechts für Frauen und Männer durch die Sharia wurde bestätigt. Hier habe man vorsichtige Veränderungen eingeleitet. So kann heute der Vater entscheiden, dass seine Töchter alles erben sollen, was früher nicht möglich war. Bei Energiefragen wurde Unterstützung erbeten, insbesondere beim Ausbau der Solartechnik. Der Vorsitzende regte an über Müllverbrennungsanlagen nachzudenken.

### Gespräch mit dem Speaker Abdul Hamid

Er erinnerte an den bisherigen wechselseitigen Besuch von Parlamentsgruppen und kündigte die Gründung einer deutsch-bangladeschischen Freundschaftsgruppe an. Danach ging es um die Arbeit des bangladeschischen Parlaments, insbesondere die Wirkungsmöglichkeiten der Opposition trotz der überwältigenden Mehrheit der Regierungspartei: Insgesamt gebe es 48 Ausschüsse, in jedem sei die Opposition vertreten und stelle auch vier Vorsitzende. Er achte darauf, dass die Opposition genug Redezeit habe. **Hamid** selbst gehört schon seit Jahrzehnten dem Parlament für die AL an, auch vor der Unabhängigkeit Bangladeschs von Pakistan. Er gab uns einen historischen Abriss des Landes und resümierte, dass es bisher keine „gute demokratische Geschichte“ sei. Man müsse den Menschen mehr Wissen über das demokratische System vermitteln; hierzu seien Medien wichtig. Hinsichtlich Energie führte er aus, dass die Solartechnik wichtig sei; er fände es spannend zu eruieren, inwiefern man Windkraftanlagen in Bangladesch verwirklichen könnte.

**Bewertung:** *Der Wunsch nach Windkraft mag legitim sein. Allerdings dürfte das in Bangladesch kaum realisierbar sein, da der Wind stets aus verschiedensten Richtungen weht - die Windkraftanlagen passend auszurichten ist daher kaum möglich. Das aber andere regenerative Energiemodelle angedacht werden müssen, ist richtig.*

### Gespräch Handelsminister Dipanker Talukter

Zur Textilproblematik verwies der Minister auf die Bemühungen der Regierung, die Sozialstandards in der Industrie zu heben. Er warb um Verständnis für die offensichtlichen Defizite (Ressourcenknappheit, sozio-ökonomische Entwicklungsstufe noch niedrig, starker Wettbewerb und Preiskampf auf globalem Markt) und verwies auf Erfolge (Verbot von Kinderarbeit, Verbesserung der gesellschaftliche Position der Frau durch Beschäftigungsmöglichkeiten im Textilsektor, Kontrollen in Textilbetrieben, Social Compliance Forum). Auch wolle man den Mindestlohn erhöhen. Nur wenige deutsche Unternehmen würden ihrer sozialen Verantwortung nicht nachkommen und Preise drücken. Viele ArbeiterInnen würden ihre Rechte kaum kennen, auch weil die Gewerkschaften im Textilsektor noch schwach seien, da sie lange verboten waren. Außerdem würden viele ArbeiterInnen nicht in eine Gewerkschaft eintreten wollen, aus Sorge um einen Arbeitsplatzverlust. Für seine Partei, die AL, seien die Ge-

werkschaften wichtig, man habe selbst einen starken Arbeiterflügel in der Partei. Der Textilsektor sei wichtig - 79 % des Exports seinen Textilien, daher besteht eine große Abhängigkeit. Man möchte sich breiter aufstellen, und andere Exportbereiche stärken wie den Schiffsbau und den Keramik- und Teeexport und weitere Märkte erschließen. Außerdem habe Bangladesch sieben Millionen ArbeiterInnen im Ausland. Dadurch kommen jedes Jahr 11 Milliarden Dollar ins Land. Das sei eine wichtige Unterstützung.

**Bewertung:** Eine Erhöhung des Mindestlohns ist dringend geboten. Die derzeit 1.660 Taka reichen bei Weitem nicht zum Überleben aus. Allerdings müssen damit einhergehend auch die Kontrollen in den Betrieben ausgebaut und die Arbeitsgesetze konsequent durchgesetzt werden. Daran mangelt es bisher. Hier brachte das Gespräch auch keine neuen Aspekte. Begrüßenswert ist, dass man die Abhängigkeit vom Textilexport sieht und abbauen möchte.

### Gespräch Minister für Angelegenheit Chittagong Hill Tracts (CHT) Dipanker Talukter

Hintergrundinformation: Die Organisation Parbatya Chattagram Jana-Samhati Samiti (PCJSS) setzte sich gegenüber der Regierung für die Rechte der in CHT lebender indigenen Völkern ein. Seit Mitte der 1970er Jahre gab es einen bewaffneten Konflikt zwischen bangladeschischer Armee und Shanti Bahini (militanter Flügel der PCJSS). Forderungen der PCJSS: Gewährleistung des Rechts auf Selbstbestimmung, Anerkennung der besonderen Lebensweisen der indigenen Bevölkerung. Im Dezember 1997 unterzeichnete die AL geführte Regierung und Vertreter der PCJSS einen Friedensvertrag; Shanti Bahini stimmten einer Entwaffnung zu. Der indigenen Bevölkerung der CHT wurde zudem regionale Autonomie und kulturelle Selbstbestimmung zugesichert. Der Vertrag sah unter anderem die Schaffung eines eigenen Ministeriums, einer Regionalverwaltung mit weitreichenden Kompetenzen sowie die Stärkung der lokalen Distriktverwaltungen vor. Weite Teile des Friedensprozesses stockten nach den Parlamentswahlen 2001 nach der Abwahl der AL. Mit dem Regierungswechsel Anfang 2009 kam neuer Schwung in den Friedensprozess. Die AL hat versprochen, den Friedensvertrag vollständig umzusetzen.

Der Minister führte aus, dass es große Defizite bei der Umsetzung des Friedensabkommens gebe, aber die Regierung sei erst 15 Monate im Amt und müsse starke Widerstände überwinden wie z.B. ein schwebendes Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof zur Legalität des Friedensabkommens. Dennoch sei die AL Regierung dem Ziel verpflichtet, die Rechte der indigenen Bevölkerung zu schützen. CHT sei auch deshalb eine schwierige Region, weil es viele Grenzen zu Nachbarstaaten gibt und es sich dadurch um ein verteidigungspolitisch sensibles Gebiet handele. Deshalb gebe es sechs permanente Armeeeinheiten in den CHT, für deren Abzug es keinen Zeitplan gibt. Die CHT umfassen drei Distrikte. Es gibt eine Distriktquote für Indigene für die öffentliche Verwaltung; eine vergleichbare Quote gebe es sonst nirgendwo im Land. Angesprochen auf das Problem, dass die United Peoples' Democratic Front (UPDF), die sich für Indigene der CHT Tracks einsetzt, nicht im Parlament vertreten sei, da sie nicht die erforderliche Zahl von zehn Distrikten, in denen sie vertreten sein muss, er-

reicht hat, sagte der Minister, dass eine Quote etc. für die UPDF nicht erforderlich sei. Denn sie hätte auch einfach mit Kandidaten in den drei Distrikten antreten können, das habe sie nicht getan. Außerdem seien alle drei gewählten Abgeordnete indigen, die der AL angehören. Die Menschen in CHT wollten landesweite Parteien wählen. Bisher gab es keine Provinzwahlen in CHT, was aber in Zukunft geschehen soll. In der Polizei seien 700-800 Indigene.

Der Zuzug von Bengali sei ein Problem, denn dies führe zu Landkonflikten. Man muss wissen: Vor 1947 besaßen ca. 80 Prozent der indigenen Familien eigenes Land, heute besitzen genau so viele kein Land; Ursache ist ein 1974 eingeführtes Gesetz, durch welches willkürlich Land den Indigenen weggenommen werden konnte; das Gesetz ist heute außer Kraft. Bangladeschische Regierungen hatten seit Mitte der 1970er Jahre ca. 400.000 landlose Bengalen aus dem Flachland in den CHT angesiedelt. Dies torpedierte die auf Gemeinschaftsrecht basierende Landverteilung der indigenen Bevölkerung. Die zunehmende Landknappheit führte außerdem zu gewaltsamen Vertreibungen der indigenen Bevölkerung von dem Land, für das sie keine formellen Landrechtstitel besitzen. Das Problem besteht heute noch - im April 2008 brannten Siedler sieben Dörfer der indigenen Bevölkerung nieder. Häufig, so wird berichtet, habe das Militär die Siedler unterstützt, manchmal sogar angestachelt. Der Minister sagte, dass Indigene, denen Land weggenommen worden sei, entschädigt werden sollen. Die Landfrage sei letztlich die Entscheidende. Mittlerweile lebten ca. 50% Indigene und 50 % Bengali in dem Gebiet. Bengali ziehen weiter in die CHT.

**Bewertung:** *Erforderlich wäre dringend ein Gesetz, dass die Landrechte der indigenen Bevölkerung schützt, damit nicht noch mehr Landvertreibungen stattfinden. Dass nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen das Militär nachwievor Landvertreibungen unterstützt, ist ein großes Problem; insofern stellen die permanenten Militäreinheiten in der Region ein Problem dar. Sicherlich gibt es einige Grenzen dort zu Nachbarländern; aber um die zu schützen braucht man kein Militär, sondern Grenzpolizei. Denn das Militär steht nicht für Sicherheit in der Region, sondern positioniert sich zu oft einseitig für die Bengalis. Das Ziel, eine gemischte Polizei aufzubauen ist begrüßenswert. Baldige Wahlen in der Region sind erforderlich. Eine Minderheitenquote für das Parlament erscheint sinnvoll. Diese gibt es für regionale Wahlen, aber auch auf Bundesebene macht es Sinn. Begrüßenswert ist, dass augenscheinlich der Minister ein Interesse hat, den Friedensvertrag wirklich umzusetzen. Er selbst gehört der indigenen Minderheit an und kennt daher die Probleme.*

## 3. Tag: 09.04.2010

### Programmpunkt

### Inhaltliche Themen

Besuch NGO Projekt Nijera Kori; Besuch des Ausbildungszentrums der NGO; Gespräch mit der Koordinatorin

Entwicklungskonzept, Mikrokredite

Besuch eines NETZ Projektes

Entwicklungskonzept

**Reiseverlauf:** Fahrt raus aus Dhaka Richtung Nordwesten, Stopp bei dem von Nijera Kori betreuten Dorf, danach zum Ausbildungszentrum von Nijera Kori. Von da aus weiter nach Nordwesten zu einem von NETZ betreuten Dorf. Abends Ankunft in Dinajpur im Gästehaus.

## Besuch NGO Projekt Nijera Kori; Besuch des Ausbildungszentrums der NGO; Gespräch mit der Koordinatorin

*Gesprächspartner: Kushi Kabir (Koordinatorin Nijera Kori), DorfbewohnerInnen.*

Wir besuchten ein Dorf, welches von der NGO Nijera Kori unterstützt wird. Im Rahmen des Projektes geht es um die Stärkung der Zusammenarbeit von Menschen in der Dorfgemeinschaft. Insgesamt sind ca. 10.000 Menschen involviert (9 Dörfer), es gibt eine Art Rat, der sich aus den SprecherInnen der Dörfer und dem „Gesamtsprecher“ zusammensetzt. Insgesamt sind mehr Frauen als Männer im Projekt. Die Idee ist, dass Menschen gemeinsam kämpfen und arbeiten sollen, anstatt jeder für sich alleine. Die NGO bietet hierfür Trainings an. Bei diesen geht es um die Vermittlung von Basics zur Organisierung des Dorflebens, des gemeinschaftlichen Handelns und der Vermittlung von Rechtskenntnissen.

Bei der Frage, welche Probleme besonders gravierend seien, wurde als erstes das Landgrabbing genannt. Hierbei nehmen sich reiche Bengali bisheriges Gemeinschaftsland und setzen diese Landwegnahme teils mit Gewalt durch. Ein weiteres Problem, das daran anknüpft, sei der unterschiedliche Umgang mit armen und reichen Menschen in der Gesellschaft: Korrupte Polizei, die nicht helfe wenn man sie anspricht, weil man kein Geld habe sie zu bezahlen; Krankenhäuser, die Arme abwiesen; Schulen, die arme Kinder benachteiligen, indem sie nicht so sehr am Lernprozess teilhaben lassen (bspw. indem sie in die letzte Reihe der Klasse gesetzt würden). Die gemeinschaftliche Organisation soll hier Abhilfe schaffen, wie auch ein Theaterstück, das uns vorgeführt wurde, vermittelte. Hier konnte die Dorfgemeinschaft durch Landgrabbing weggenommenes Land und Wasser wieder zurückgewinnen. Anwesend war auch ein Parlamentsmitglied der AL. Dieser unterstützt das Projekt. Der örtliche Chef der AL indes ist der größte Landgrabber der Region.

Es gab im Anschluss an den Besuch des Projekts eine kleine Besichtigung des Ausbildungszentrums mit ***Khushi Kabir***; hierbei habe ich mich mit ihr über die Problematik Mikrokredite unterhalten. Ihre NGO lehnt Mikrokredite ab. Zum einen würden diese strukturell nichts an der patriarchalen, ungleichen Gesellschaft ändern. Zum anderen gebe es hohe Zinsen (30 % und mehr) und eine frühe Rückzahlungspflicht (nach einer Woche 1.Rate). Viele Menschen müssten einen neuen Kredit woanders aufnehmen, um den bisherigen abbezahlen zu können. Außerdem müsse Sicherheit geleistet werden - was viele schlicht nicht könnten. Ihre NGO setze auf Gemeinschaftsvermögen. Dabei zahlen alle ihre Ersparnisse ein und aus diesem Geld werden verschiedene Töpfe gebildet, sei es für Gesundheitsversorgung, sei es für den Bau von Gemeinschaftsanlagen; die Verteilung werde gemeinschaftlich entschieden.

***Bewertung:*** Die Frauen wirkten sehr couragiert und stellen auch die Mehrzahl der Sprecherinnen der einzelnen Dörfer. Es handelt sich um eine sehr spannende Entwicklungsidee, die



*ohne Mikrokredite auskommt, für Entwicklung in der gesamten Dorfgemeinschaft sorgt und den Zusammenhalt der Menschen stärkt. Hier findet im besten Sinne „Hilfe zur Selbsthilfe“ statt, denn die NGO unterstützt durch Informationen und Trainings, aber nicht mit Geld oder Sachmitteln. Sie organisiert die Menschen und bringt sie zusammen und zeigt ihnen, welche Potentiale in einer Dorfgemeinschaft stecken, wenn alle gemeinsam handeln. Die Kritik an den Mikrokrediten ist sehr berechtigt; interessant ist auch das Gegenmodell, das man entwickelt hat. Es bietet eine echte Alternative, bei der sich niemand verschuldet; die ganze Gemeinschaft profitiert. Natürlich gilt: Wer nichts hat, kann nichts einzahlen - auch aus Sicht von Khushi Kabir ein Problem. Aber: Die gleiche Personengruppe würde mangels Sicherheiten auch keinen Mikrokredit erhalten.*

*ohne Mikrokredite auskommt, für Entwicklung in der gesamten Dorfgemeinschaft sorgt und den Zusammenhalt der Menschen stärkt. Hier findet im besten Sinne „Hilfe zur Selbsthilfe“ statt, denn die NGO unterstützt durch Informationen und Trainings, aber nicht mit Geld oder Sachmitteln. Sie organisiert die Menschen und bringt sie zusammen und zeigt ihnen, welche Potentiale in einer Dorfgemeinschaft stecken, wenn alle gemeinsam handeln. Die Kritik an den Mikrokrediten ist sehr berechtigt; interessant ist auch das Gegenmodell, das man entwickelt hat. Es bietet eine echte Alternative, bei der sich niemand verschuldet; die ganze Gemeinschaft profitiert. Natürlich gilt: Wer nichts hat, kann nichts einzahlen - auch aus Sicht von Khushi Kabir ein Problem. Aber: Die gleiche Personengruppe würde mangels Sicherheiten auch keinen Mikrokredit erhalten.*

### **Besuch eines Projektes von NETZ**

Wir besuchten ein Dorf, welches von NETZ in Zusammenarbeit mit der lokalen Organisation Ashrai betreut wird und sich an Frauen richtet. Es handelt sich um Selbsthilfeprojekte. Die Idee ist wie folgt: Den Frauen wird ein Startkapital in Form von Produktionsmitteln gegeben, damit können/sollen die Frauen sich eine Existenz aufbauen. Es gibt auch Schulungen, um zu lernen wie man sich eine wirtschaftliche Existenz aufbaut und wie man mit Sachmitteln umgeht. Es handelt sich nicht um Kredite, sondern echte Sachleistungen (einen Mikrokredit würden diese Menschen mangels Sicherheiten auch nicht erhalten). Diese Sachleistungen können verschieden sein: Ein Stück Land, eine Van-Rikscha, ein paar Ziegen, eine Kuh oder Bambusvorräte zum Herstellen von Korbware. Außerdem gibt es einen Gemeinschaftsrat, der übergreifende Fragen entscheidet und den Austausch über Probleme ermöglicht. Die Dorfbewohner sind Adivasi, also indigene Minderheit vom Volk der Shantal. Sie sind nach eigener Aussage in der Gesellschaft mit besonderen sozialen Problemen konfrontiert und Benachteiligungen ausgesetzt, auch wenn es langsam besser werde. Viele der Frauen haben durch das Projekt einen gewissen „Reichtum“ erlangt und können sich bspw. ein Bett, eine Latrine usw. leisten. Landgrabbing sei auch in dieser Region ein großes Problem.

**Bewertung:** *Anders als bei dem vorherigen Projekt wird hier auf die Einzelne gesetzt. Auf Mikrokredite wird auch hier verzichtet. Ferner erreicht das Projekt Menschen, die nichts besitzen, also die Ärmsten der Armen. Damit sind Vor- und Nachteil dieses Konzeptes angesprochen: Auf der einen Seite erreicht man mehr Menschen, auf der anderen Seite kann es zu ei-*

ner Zersplitterung der Gemeinschaft kommen. Bestimmte Frauen werden sicherlich größeren wirtschaftlichen Erfolg haben als andere. Als Folge kann Neid im Dorf entstehen. Dem wird sicherlich gut entgegenwirkt durch die Gemeinschaftssitzungen und das angebotene Training. Auch wird die Selbstständigkeit der Einzelnen stärker gefördert. Dies kann das Selbstbewusstsein der Frauen, das jetzt schon erkennbar vorhanden war, möglicherweise stärker steigern als bspw. das Nijera Kori Projekt. Beide Projekte setzen aber letztlich auf Hilfe zu Selbsthilfe und degradieren die Menschen nicht zu Bittstellern.

## 4. Tag: 10.04.2010

Programmpunkt	Inhaltliche Themen
Gespräch mit Aktivisten gegen den Kohleabbau in Phulbari auf dem Weg nach Bogra	Landwegnahme, Energie
Briefing über das GTZ Projektgefängnis in Bogra; Besuch des Gefängnisses in Bogra	Justizwesen
Gespräch mit dem Distriktrichter und dem Fall Management Komitee des Bogra-Distriktes über das Justizwesen in Bangladesch.	Justizwesen

### Gespräch mit AktivistInnen gegen einen Tagebau in Phulbari

Wir sprachen bei einem Zwischenhalt mit Aktivisten, die sich gegen den Tagebau in Phulbari aussprechen. Die Aktivisten verwiesen auf folgendes: 2006, als es das letzte Mal um den Bau eines Kohlekraftwerks und Kohleabbau ging, wurden 500.000 Menschen vertrieben. Auch diesmal werden genauso viele vertrieben werden - die Zahlen der Regierung (50.000) seien gelogen. Die Menschen in der betroffenen Region wollen kein Geld, sondern ihr Land behalten, denn sie befürchten, bei einer Landenteignung und Geldentschädigung in Armut abzurutschen; außerdem hätte eine Umsiedlung in diesem dichtbesiedelten Land erhebliche soziale Folgen. Das Land sei wichtig und gut für den Reisanbau. Die Menschen 2006 wehrten sich mit Bambusstöcken gegen das Projekt; bei den Polizeieinsätzen verloren viele ihr Leben. Die britische Asia Energy Group wolle auf jeden Fall das Projekt durchführen und den damit einhergehenden Profit einstreichen. Laut der Aktivisten gäbe es keine Möglichkeit, im Falle eines Tagebaus die Umsiedlung und damit Vertreibung der Bevölkerung zu vermeiden. Außerdem würde ein ökologisch bedeutsames Sumpf- bzw. Feuchtgebiet, drei antike Stätten, ein buddhistischer Tempel, 1000 Moschen und 168 Kirchen sowie 56 archäologische Stätten zerstört werden. Zuerst hieß es, 10 ha Land wären von dem Tagebau betroffen. Nach Protesten gab die Regierung nun zu, dass in Wirklichkeit 5900 ha Land betroffen seien. Die Asia Energy sagte am Anfang, sie müsse ca. 1 Mrd. Euro investieren, nun sagt sie es koste ca. 9,8 Mrd. Euro. Die Zahlen seien daher unehrlich. 6 % des Gewinns des Abbaus würde dem Staat zufließen, 94 % dem Unternehmen. Die Betroffenen sind

- Zuerst und vor allem gegen den Tagebau. Sie können mit einem Abbau unter Tage leben, wenn dadurch ihr Land nicht zerstört werde.
- Gegen den Export der Kohle (80% der werde Kohle sollen exportiert werden, weil es sich um hochwertige Kohle handelt die zum Verfeuern zu wertvoll ist und im Export deutlich mehr Geld bringt, da sie für die chemische Industrie genutzt werden kann).
- dafür, dass Geld und Gewinn im Land bleiben soll; daher sollen „imperialistische ausländische Firmen“ nicht den Abbau betreiben.

Die Voraussetzungen Deutschlands und Bangladeschs für einen Kohleabbau seien grundverschieden, was die Geologie, das Wasser, die Landbesitzverhältnisse und die Einwohneranzahl angehe. Außerdem führten die AktivistInnen aus, dass es auch in Deutschland stets breiten Protest gegen Tageabbau gegeben habe. Deutschland solle sich in keiner Form beteiligen - auch nicht durch Beratung, falls die bangladeschische Regierung, das Projekt definitiv durchführen will und Deutschland durch entsprechende Technologie den Abbau theoretisch sauberer gestalten könnte.



Deutschland soll sich in Bangladesch nur an Projekten beteiligen, bei denen die Bevölkerung dahinter stehe.

**Einschätzung:** Deutlich wurde bei dem Gespräch, dass es stark divergierende Zahlenangaben gibt; es fehlt also an objektiv belegten Zahlen, wie viele Menschen betroffen sind, wie viel Land verloren geht etc. Daher wäre eine unabhängige

Untersuchung nötig. Außerdem muss die Kritik der betroffenen Menschen viel ernster genommen werden; ihnen droht die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Deutschland wäre in der Tat gut beraten, nur solche Projekte zu stützen, die von den Menschen vor Ort auch gewollt sind. Bangladesch hat natürlich ein Energieproblem. Die Lösung kann aber nicht darin bestehen, zehntausende Menschen ins Elend zu treiben; schon gar nicht, wenn wie in diesem Fall die Kohle nicht der eigenen Bevölkerung zu Gute kommt und sich anscheinend vor allem ein europäischer Konzern bereichern will. Hier wären politische Klarstellungen seitens der bangladeschischen Regierung nötig.

### Briefing über das GTZ Projektgefängnis in Bogra; Besuch des Gefängnisses

Erstmals ließ die bangladeschische Regierung ein Entwicklungsprojekt im Bereich Gefängnisse zu. Beteiligt am Projekt sind die GTZ, 3 bangladeschische NGOs und das Innenministerium. Es läuft seit 1 ½ Jahren. Seit Projektbeginn wurden 423 Gefangene freigelassen. Im Rahmen

des Projekts werden Beratungen für insgesamt 4770 Gefangene durch die Paralegals in drei Gefängnissen angeboten: In Bogra , Dhaka und Masipur. Bisher war es so, dass Gerichte und Staatsanwälte nicht alle Gesetzesmöglichkeiten wie Bewährungsstrafen oder Freilassungen gegen Kaution im Rahmen der Untersuchungshaft nutzten. Heute könnte man ca. 3.200 Gefangene auf Kaution freilassen. Die Gesamtzahl der Gefangenen sei verhältnismäßig niedrig, da aufgrund der Unzuverlässigkeit der Polizei nur wenige Menschen Anzeige erstatten. In den Gefängnissen gibt es sehr viele Vergewaltigungen von Frauen, da Frauen meist zusammen mit Männern untergebracht seien.

Der Gefängnisdirektor führte uns durch das Gebäude. Wir konnten dabei zuschauen wie Paralegals gerade sowohl den männlichen als auch weiblichen Insassen Rechtstipps etc. gaben. Uns wurde auch eine Zelle gezeigt, in der insgesamt 92 Männer untergebracht sind, dicht an dicht nebeneinander. Geschlafen wird auf dem Boden. Den Unterschied zwischen solchen Insassen, die rechtskräftig verurteilt sind und solchen, die in Untersuchungshaft sind, sieht man an der Kleidung: Die einen tragen Gefängniskleidung, die anderen normale Kleidung. Für die Insassen gibt es als Beschäftigung die Möglichkeit Stühle etc. zu flechten; diese werden draußen verkauft und bringen ein geringes Einkommen. Der Geldmangel und die Armut zeigten sich letztlich mit voller Wucht in dieser Anstalt. Auch mit persönlichen Schicksale wurden wir konfrontiert: Eine der weiblichen Gefängnisinsassen erzählte uns, dass sie seit sehr vielen Jahren einsitzt und ihre Tochter noch ein Baby war als sie ins Gefängnis musste. Seitdem habe sie die Tochter niemals mehr gesehen.

### **Gespräch mit dem Distriktrichter und dem Case Management Committee des Bogra- Distriktes über das Justizwesen in Bangladesch.**

Dem Case Management Committee u.a. der Distriktrichter, der Gefängnisleiter und der Distriktvorsitzende an. Der Distrikt umfasst 3,2 Millionen Menschen. Das Komitee entscheidet u.a. darüber, welche Insassen freigelassen werden. Das Justizwesen ist in seinen Grundzügen wegen der kolonialen Geschichte am britischen System angelehnt. Angesprochen auf das Bettenproblem, auch in der Sanitätsstation des Gefängnisses, sagte der Distriktrichter, dass dieses Problem auch in normalen Krankenhäusern bestünde. Insgesamt seien es zu viele Fälle und zu wenig Kapazitäten, daher warteten in ganz Bangladesch 72 % der Gefängnisinsassen noch auf ihren Prozess und seien daher in Untersuchungshaft. 16.000 Fälle stünden alleine auf Distriktebene aus. Die GTZ helfe bei der Lösung des Überbelegungsproblems, u.a. durch Unterstützung bei der Anwendung des Kautionssystems. Die meisten Untersuchungshäftlinge haben ein Recht auf Freilassung gegen Zahlung einer Kaution- viele Insassen wissen das aber nicht. Würden mehr Insassen gegen Kaution freigelassen, würde das die Gefängnisse entlasten. Des Weiteren müsste die Infrastruktur verbessert werden, wofür Zeit und Geld erforderlich sei. Wird man zu Unrecht eingesperrt, besteht ein Entschädigungsanspruch nur, wenn der Angeklagte Berufung eingelegt habe und dann freigesprochen worden sei. Anspruchsgegner ist anders als in Deutschland nicht der Staat, sondern die Person die bspw.

die Anzeige erstattet hat. Daher gibt es oft keine Entschädigung, da die meisten Angeklagten direkt von der Polizei eingesperrt werden.

## 5. Tag: 11.04.2010

### Programmpunkt

Besuch der Textilfabrik der Viyallatex Gruppe in Tongi; Gespräche mit dem Vize-Chef und dem Manager

Gespräch mit einem Arbeitsforscher und einem Gewerkschaftler aus der Textilindustrie

### Inhaltliche Themen

Textilindustrie, Produktionsprozess

Textilindustrie, Situation der Arbeiterschaft

### Besuch der Textilfabrik der Viyallatex Gruppe in Tongi; Gespräche mit dem Vize-Chef und dem Manager

Das besuchte Werk wird von der GTZ beraten. Wir wurden über den gesamten Produktionsablauf informiert und konnten ihn besichtigen. In Gesprächen mit dem Manager und dem Vize-Chef des Werkes wurde deutlich, dass es durchaus einen Preisdruck seitens europäischer Konzerne gibt; wenn auch im eigenen Werk dies nicht der Fall sein soll. Der Manager wünschte sich mehr Druck seitens der Verbraucher in Europa auf die europäischen Konzerne, damit diese sozial verträglich produzieren lassen. Zu den Besonderheiten des besichtigten Werkes gehörten, dass der gesamte Produktionsablauf von der Stoffverarbeitung über das Design bis zur Endproduktion im selben Werk stattfindet, Mitarbeiter nach Auskunft der Gesprächspartner kostenlos Mittag essen können, die Löhne höher als in anderen Textilwerken seien, es Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gäbe, Lüftungsanlagen, keine unbezahlten Überstunden etc. Das Unternehmen hat diverse Auszeichnungen erhalten für seine sozial verträgliche Produktion.



Der Manager wünschte sich mehr Druck seitens der Verbraucher in Europa auf die europäischen Konzerne, damit diese sozial verträglich produzieren lassen. Zu den Besonderheiten des besichtigten Werkes gehörten, dass der gesamte Produktionsablauf von der Stoffverarbeitung über das Design bis zur Endproduktion im selben Werk stattfindet, Mitarbeiter nach Auskunft der Gesprächspartner kostenlos Mittag essen können, die Löhne höher als in anderen Textilwerken seien, es Betreuungsmöglichkeiten für Kinder gäbe, Lüftungsanlagen, keine unbezahlten Überstunden etc. Das Unternehmen hat diverse Auszeichnungen erhalten für seine sozial verträgliche Produktion.

Das Unternehmen hat diverse Auszeichnungen erhalten für seine sozial verträgliche Produktion.

**Einschätzung:** Wir haben ein Vorzeigewerk gesehen, dass kein Vergleich zur Masse der Textilwerke ist. Ein solches konnten wir nicht besichtigen, da die bangladeschischen Auftragnehmer Angst haben, Aufträge zu verlieren. Schon die Angst vor schlechter Publicity zeigt,

*dass diese Textilwerke wohl nicht soziale Mindeststandards, Sicherheitsbestimmungen etc. einhalten. Interessant war übrigens die Aussage des Vizechefs des Unternehmens, der sagte, dass er höhere Löhne zahlen würde, wenn die Auftraggeber bereit wären, mehr zu bezahlen.*

## **Gespräch Textilindustriegewerkschaftler / Arbeitsforscher**

*Gesprächspartner: Khorshed Alam, Amiral Haque Amin*

Die Situation der ArbeiterInnen der Textilindustrie in Bangladesch ist nach Darstellung der Gesprächspartner sehr schlecht; dies ergebe sich aus den folgenden Punkten, die auch in den 15 Reporten, die **AMRF** erstellt hat (u.a. 2003 zu Tschibo; 2007 zu Kik), untersucht worden seien:

- *Geringe Gehälter:* Die Löhne reichen zum Überleben kaum aus: 2.500 - 3000 Taka pro Monat (27 – 33 € pro Monat) seien üblich; in vielen Textilbetrieben werde aber auch nur der gesetzliche Mindestlohn von 1.660 Taka pro Monat (18 €) bezahlt oder sogar weniger. Selbst erfahrene Arbeiter verdienen nach fünf Jahren gerade mal 4.500 Taka pro Monat (50 €). Erforderlich wäre nach **Khorshed Alam ein Monatslohn von** ca. 5000 Taka (55 €) sowie zusätzlich ein Entgelt für die Versorgung von Familienmitgliedern.
- *Lange Arbeitszeiten:* Ein Arbeitstag beträgt fast immer mehr als 10 h pro Tag, oft 12-14 h am Tag; oft ohne Wochenende. Überstunden würden meist nicht bezahlt; wer nicht bereit dazu ist, werde entlassen. Möchte der Auftraggeber ein Produkt möglichst schnell haben, muss rund um die Uhr gearbeitet werden; dabei wird in Einzelfällen auch erwartet, dass mehr als 14 h pro Taggearbeitet wird.
- *Gewerkschaftsgründungen kaum möglich:* Im Gesetz gäbe es zwar das Recht auf Organisation in Betriebsräten und Gewerkschaften, dieses Recht werde aber in der Realität nicht gewährleistet. Vielmehr kann Gewerkschaftsmitgliedschaft zur Entlassung führen. So gibt es nur 152 Gewerkschaften in den 4.500 Betrieben.
- *Kein Streikrecht:* Legale Streiks sind nach bangladeschischem Recht nur mit Gewerkschaften möglich - da es aber so gut wie keine Gewerkschaften gibt, gibt es faktisch kein Streikrecht. Mangels Gesprächspartnern komme es auch schnell zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.
- *Keine Arbeitsplatzsicherheit:* Kündigungen ohne Grund sind arbeitsgesetzlich möglich und davon werde auch Gebrauch gemacht. Aufgrund der großen Bevölkerungszahl und der großen Armut lasse sich schnell Ersatz finden für entlassenes Personal.
- *Keine soziale Absicherung:* Es gibt weder gesetzliche Mutterschutzzeiten (Schwangerschaft bedeute automatisch Arbeitsplatzverlust) noch Kinderhorte/Kindergärten.
- *Misshandlungen und Schlechterstellung von Frauen:* Misshandlungen durch Vorgesetzte gegenüber der überwiegend weiblichen Arbeiterschaft kommen häufig vor. Da Frauen den Betrieb verlassen müssen, wenn sie ein Kind bekommen, haben Frauen schlechte Aufstiegschancen.
- *Selten schriftliche Arbeitsverträge:* Dies erschwere die Wahrnehmung eigener Rechte.

- *Arbeitsgesetze missachtet*: Die Arbeitsgesetze sind zwar nicht die Besten, wie **Khorshed Alam** sagte, trotzdem würde ihre Durchsetzung zu Verbesserungen beitragen. Laut Alam gibt es für 4.500 Betriebe nur 50 staatliche Kontrolleure, die die Einhaltung der Arbeitsgesetze überprüfen. Die Arbeitgeber halten sich kaum an die Arbeitsgesetze.

- Die Gesprächspartner räumten eine *Gewerkschaftszersplitterung* ein; es gäbe 50 Gewerkschaften, nur zehn von ihnen seien in einer „Umbrella organisation“ (Dachorganisation vergleichbar mit dem DGB) organisiert. Die Bangladeschische Regierung tue zu wenig, um die Probleme zu lösen. Dies liege auch daran, dass 29 Parlamentarier selbst direkt Textilfabrikbesitzer sind und viele andere indirekte Verquickungen haben.

- *Verhalten europäischer Käufer*: Diese erteilen den Textilwerken in Bangladesch die Aufträge. In dem Gespräch wurde deutlich, dass europäische Konzerne, besonders die Discounter, die Hauptverantwortung für niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten tragen. Denn sie wollen ihre Produkte möglichst günstig kaufen und drücken so die Preise. Damit die Textilfabriken in diesem gnadenlosen Konkurrenzkampf mithalten können sind sie gezwungen, Löhne zu senken, um preiswert produzieren zu können. Zwar würden die westlichen Unternehmen gerne vom „Code of Conduct“ reden und vorgeben, zu ihrer sozialen Verantwortung zu stehen. In Wirklichkeit wollen sie aber in erster Linie eine schnelle und qualitativ hochwertige Produktion; Arbeitsbedingungen interessieren sie dabei nicht. Nirgendwo könnten europäische Unternehmen billiger bei gleichwertiger Qualität als in Bangladesch produzieren und nehmen dafür etwaige Infrastruktur- und Energieprobleme in Kauf. Es gäbe bereits ca. 500 Käufer aus dem Westen. Für die Käufer ist nach Angaben der beiden Gesprächspartner Bangladesch auch deshalb interessant, weil es nur eine schwach organisierte Arbeiterschaft gibt. **Khorshed Alam** sagte: „Westliche Konzerne können auch nicht behaupten, dass die genannten Probleme nicht in ihrer Verantwortung, sondern in der Verantwortung der Zulieferer lägen schließlich verkaufen sie die Ware mit ihrem Label und sie haben in der Lieferkette die stärkste Stellung.“ Eine Lösung wäre es aus seiner Sicht, die Sozialverpflichtungen rechtlich bindend zu machen. Auch **Amiral Haque Amin betonte, dass** die multinationalen Konzerne den Hauptprofit machten. Würden sie nur einen Bruchteil abgeben, könnten die Gehälter erhöht werden. Angesprochen auf die Frage, wie viele Textilwerke vergleichbar seien mit dem besichtigten Werk sagte **Khorshed Alam**, dass dies maximal 5 % der Betriebe seien.

*Einschätzung: Das Gespräch war sehr gewinnbringend. Es hat nochmal deutlich vor Augen geführt, wer verantwortlich für die Missstände in der Textilindustrie ist: Die europäischen, auch die deutschen, Konzerne, und insbesondere die Discounter, die möglichst billig produzieren wollen, um ihre Gewinnspanne zu erhöhen. Dabei macht das Gehalt der bangladeschischen ArbeiterInnen am Ende nur 1% des Gesamtpreises an der Ladentheke in Europa aus. Auch ohne gravierende wirtschaftliche Verluste könnten die deutschen Unternehmen mehr zahlen und so die Situation der ArbeiterInnen erheblich verbessern. Ohne gesellschaftlichen Druck in Deutschland und anderen Ländern Europas aber werden die Firmen weitermachen wie bisher und ihre Profite auf dem Rücken der Ärmsten der Armen steigern.*

## 6. Tag: 12.04.2010

### Pressekonferenz

Bei der Pressekonferenz im Hotel anwesend waren: Shamim Ahmed (UNP; größte private Nachrichtenagentur BNG's), Nazrul Islam (DPA), Haroon ur Rashid Swapan (Deutsche Welle), Sirajul Quadir (Reuters), Kamran Reza (BDnews24), Raheed Ejaj (The Daily Prothom Alo; größte banglasprachige Zeitung), Masud Karim (Daily Jugantor), Rezaul Karim Lotus (The Daily Star). Ergebnisse des Pressegesprächs im Internet:

[http://www.fibre2fashion.com/news/apparel-news/newsdetails.aspx?news\\_id=84663](http://www.fibre2fashion.com/news/apparel-news/newsdetails.aspx?news_id=84663)

<http://nation.ittefaq.com/issues/2010/04/13/news0617.htm>

<http://www.thedailystar.net/newDesign/news-details.php?nid=134213>

<http://bdnews24.com/details.php?id=158082&cid=4>

